

Initiativantrag
der sozialdemokratischen Abgeordneten
betreffend
einen Oberösterreich-Plan für die Menschen

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, den von ihr angekündigten „Oberösterreich-Plan“ zu einem „Oberösterreich-Plan für die Menschen“ zu adaptieren und zu diesem Zweck

- dem Oö. Landtag im Sinne der Transparenz unter Einbindung aller im Landtag vertretenen Fraktionen einen detaillierten Investitionsplan für die kommenden Jahre zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie vorzulegen;
- einen Großteil des im Rahmen des „Oberösterreich-Plan“ vorgesehenen 1,2 Milliarden-Budgets für Investitionen in den Jahren 2021 und 2022 zu verwenden, um den massiven wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sofort entgegenwirken zu können;
- insbesondere zusätzliche Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro für Schulsanierungen, 20 Millionen Euro für die Grundausstattung aller Schulkinder ab der 3. Schulstufe sowie deren PädagogInnen mit Tablets, 25 Millionen Euro für eine Joboffensive 50plus und zusätzlich 50 Millionen Euro jährlich für den gemeinnützigen Mietwohnbau zur Verfügung zu stellen.

Begründung

Sowohl die Öffentlichkeit als auch der Oö. Landtag wurden bisher lediglich über Pressekonferenzen von dem am 23. Oktober 2020 durch die Landesregierung präsentierten, sogenannten „Oberösterreich-Plan“ informiert. Detaillierte Informationen oder formale Beschlüsse bleibt die Oö. Landesregierung bisher schuldig. Auch in der Regierungsvorlage zur Abänderung des Voranschlags 2021 fehlen konkrete Informationen darüber, in welchen Bereichen und für welche Projekte die vorgesehenen 191,2 Millionen Euro investiert werden sollen. Dabei sind aus Sicht der unterzeichneten Abgeordneten viele Fragen offen: Etwa warum im Rahmen der geplanten Zusatzmittel von 400 Millionen Euro für den Gesundheitsbereich keine zusätzlichen Mittel für das Gesundheits- und Pflegepersonal vorgesehen sind, um diese beispielsweise durch die Anstellung von zusätzlichem Hilfspersonal zu entlasten oder zum Ausgleich der vielen geleisteten Überstunden während der Pandemie. Es stellt sich aber auch die Frage, warum für den gesamten Bildungsbereich (Investitionen in Pflichtschulen, Ausbau der Kinderbetreuung und Erhöhung Bildungskonto) lediglich 45 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stehen, obwohl allein der Schulsanierungsrucksack im Land Oberösterreich mindestens eine halbe Milliarde Euro umfasst oder etwa, warum von dem 1,2 Milliarden Euro Paket in den Jahren 2021 und 2022 –

wohl jene Jahre, in denen die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie besonders spürbar sind – lediglich 378 Millionen Euro zur Konjunkturbelebung zur Verfügung stehen sollen. Die unterzeichneten Abgeordneten fordern die Oö. Landesregierung daher auf, unter Einbindung aller im Landtag vertretenen Fraktionen – auch im Sinne der Transparenz für die SteuerzahlerInnen - einen detaillierten Investitionsplan im Rahmen des „Oberösterreich-Plan“ vorzulegen und zum Zweck der sofortigen Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie, insbesondere zur Konjunkturbelebung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, einen Großteil der im „Oberösterreich-Plan“ vorgesehenen 1,2 Milliarden Euro (*wovon laut der jüngst vorgelegten Mittelfristigen Finanzplanung des Landes Oberösterreich 744 Millionen Euro aufgeteilt auf die Jahre 2021 bis einschließlich 2024 ausgegeben werden sollen*) in den kommenden beiden Jahren zu investieren.

Aus Sicht der unterzeichneten Abgeordneten muss ein „Oberösterreich-Plan für die Menschen“ zudem insbesondere Investitionen zur Konjunkturbelebung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Investitionen für ein modernes Bildungssystem und für leistbares Wohnen beinhalten. 100 Millionen Euro sollen daher zusätzlich für Schulsanierungen zur Verfügung gestellt werden. Schließlich ist jede dritte oberösterreichische Schule ein Sanierungsfall. Aktuell gibt es 57 baureife Schulsanierungsprojekte, die zur Belebung der Konjunktur und der Rettung von Arbeitsplätzen umgehend gestartet werden sollen.

Zusätzliche 20 Millionen Euro sollen zudem in die Digitalisierung unseres Bildungssystems und damit in Oberösterreichs Zukunft investiert werden. Konkret wird die Ausstattung aller oberösterreichischen Schulkinder und deren PädagogInnen – im Gegensatz zur Maßnahme der Bundesregierung – bereits ab der 3. Schulstufe mit einheitlichen Tablets gefordert, damit alle SchülerInnen und nicht nur jene, deren Eltern es sich leisten können, eine digitale Grundausstattung für ihren Bildungserfolg bekommen.

Ältere Arbeitssuchende haben es am Arbeitsmarkt grundsätzlich schwer eine neue Arbeitsstelle zu finden, umso mehr gilt das für wirtschaftlich schwierige Zeiten. Daher darf im Rahmen eines Oberösterreich-Plans für die Menschen keinesfalls auf diese besonders vulnerable Gruppe vergessen werden. Die unterzeichneten Abgeordneten schlagen daher die Realisierung einer Joboffensive 50plus vor. Konkret sollen sämtliche Lohn- und Gehaltskosten von über 50jährigen Langzeitarbeitslosen, die im kommunalen Bereich oder bei einer sozialen Einrichtung eingestellt werden vom Land Oberösterreich gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice (AMS) für die Dauer eines Jahres übernommen werden. Dafür sollen zusätzlich 25 Millionen Euro investiert werden.

Auch die hohen Wohn- und Mietkosten setzen den Menschen in einer wirtschaftlich angespannten Situation mit hoher Arbeitslosigkeit besonders zu. Gleichzeitig kann eine Wohnbauoffensive konjunkturbelebend wirken und Arbeitsplätze schaffen. Die unterzeichneten Abgeordneten fordern daher, das Angebot an gemeinnützigen Mietwohnungen in Oberösterreich in den kommenden Jahren massiv auszubauen und für diesen Zweck jährlich 50 Millionen Euro zusätzlich in den gemeinnützigen Mietwohnbau zu investieren.

Linz, am 1. Dezember 2020

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Lindner, Peutlberger-Naderer, Weichsler-Hauer, Promberger, Krenn, Bauer, Rippl,
Schaller, Müllner, Binder**